



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Was aus dem jedenfalls gewandten Abenteuerer geworden, berichten die Acten nicht. Die Untersuchung wurde sistirt, weil man zunächst Auskunft von Grag erwarten mußte. —

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende September.

Die günstigen Auspicien, unter denen sich der Zusammentritt des norddeutschen Parlaments vollzogen hat, scheinen demselben treu bleiben zu wollen. Obgleich die Fraktionsbildung noch nicht zum Abschluß gelangt ist und die Thätigkeit der Versammlung nur sehr allmählig in Fluß kommt, läßt sich bereits absehen, daß das Gewicht der Entscheidung bei den Mittelparteien liegen wird und daß diese Willen und Fähigkeit zur rechten Benützung desselben behaupten werden. Daß die Beschlüsse der Fortschrittspartei sich mehr und mehr mit denen der offenen und directen Gegner der nationalen Sache decken, und daß das Verhältniß des Centrums zur Rechten ein gegen früher durchaus verändertes ist, ließ sich nach den Ereignissen der letzten Monate bereits ziemlich sicher voraussehen und kann uns nicht befremden. Der Natur der Sache nach fühlen sich diejenigen, welche die norddeutsche Bundesverfassung geschaffen haben, auch wenn ihre Wege diametral auseinander gehen, sobald es sich um innere Fragen handelt, enger mit einander verbunden, als mit denjenigen ihrer früheren Freunde, mit denen sie in der Hauptsache jetzt verschiedener Meinung sind. Daß die Nation diese Hauptsache in der nationalen Einigung sieht, das hat sie ihren Vertretern so deutlich und so wiederholt gesagt, daß dieselben wissen müssen, was sie zu thun haben. Die Annäherung zwischen den Mittelparteien und der Rechten gereicht allerdings nicht nur dem Radicalismus zum Aerger, sie ist auch zahlreichen national gesinnten Freiheitsmännern bedenklich geworden. Bei allem Bedauern darf uns das nicht irre machen; es liegt einmal auf der Hand, daß Compromisse über äußere Fragen nur ad hoc geschlossen werden, und ohne Consequenzen für die Behandlung innerer Principienfragen sind, und es ist zweitens an der Zeit, daß man sichs angelegen sein lasse, die Vorstellungen, welche herkömmlich mit dem Ausdrucke „conservative Partei“ verbunden werden, einer ernsthaften Revision zu unterziehen. Das Existenzrecht

einer conservativen Partei als solcher und ihre Gleichberechtigung mit anderen Parteien in Zweifel zu ziehen, die Begriffe „conservativ“ und „volksfeindlich“ mit einander zu identificiren, vermag nur der Radicalismus alter Doctrin. Das Schlimme an den preußischen Conservativen und der Grund dafür, daß dieselben zeitweise außerhalb des parlamentarischen „Comment“ waren (wenn dieser burschikose aber zutreffende Ausdruck anders gebraucht werden kann), bestand darin, daß die Ziele dieser Fraction wesentlich nicht conservativer Natur waren, d. h. daß dieselbe nicht auf dem Boden der Verfassung stand, sondern diese zu Gunsten des Absolutismus umzudeuten versuchte. Davon kann im norddeutschen Parlament, dessen rechtliche Basis von den Conservativen mitgeschaffen worden ist, nicht die Rede sein, zu Suppositionen dieser Art fehlt es vollständig an Grund und Veranlassung. Einen weiteren Unterschied zwischen den Parteiverhältnissen der preußischen Conſlictszeit und der Gegenwart bildet das Vorhandensein einer Gruppe von Männern, welche ihre Aufgabe wesentlich in der Vermittelung zwischen den conservativen Interessen und den liberalen Principien sehen; die Kluft zwischen dem linken Centrum und der Rechten, welche in den preußischen Kammern der Conſlictsjahre unüberbrückt dastand und jede Verständigung unmöglich machte, besteht mithin nicht mehr. Die Brücke bildet das Bekenntniß zu der Bundesverfassung und auf dieser Brücke stehen die freien Conservativen. Die Bedeutung dieser und ihrer bisherigen Leistungen zu überschätzen sind wir weit entfernt, wir wissen sehr genau, daß noch viel daran fehlt, damit dieselben der Aufgabe entsprechen, welche naturgemäß an sie gestellt ist — daß der Platz zwischen den preußischen Conservativen und der alt-liberalen Gruppe aber nicht mehr leer steht, scheint uns von großer Wichtigkeit zu sein. Es geht uns mit diesen Vertretern eines Conservatismus, der sein Programm grundsätzlich den Anforderungen der Zeit offen halten will, wie weiland Voltaire mit dem être suprême: wie der pariser Philosoph behauptete: „wenn kein solches da wäre müßte man eines erfinden“, so muß der Consolidation dieser Fraction, weil dieselbe unentbehrlich ist, möglichster Vorschub geleistet werden. — Die bisherige Haltung der rechten Seite des norddeutschen Parlaments hat es der radicalen Demokratie übrigens nicht leicht gemacht, ihre schwarzen Ahnungen von einer Aufsaugung aller liberalen Elemente durch die conservative Nachbarschaft für bewahrheitet auszugeben. Zu den wichtigsten der bisher gethanen Beschlüsse des Hauses haben die Nationalliberalen die Initiative ergriffen und die Conservativen sind ihnen gefolgt; das gilt sowohl von dem Beschluß, das Budget sofort im Plenum zu beraten, wie von der Adresse. Daß der nationalliberale Adressentwurf von dem der Conservativen verschieden ist, daß die Sprache des erstern durch den letztern abgeschwächt und paraphrasirt wird, kommt Angesichts der Thatsache, daß die genannten beiden Gruppen überhaupt und im Gegensatz gegen die Linke eine Adresse wollen und

zwar eine solche, die die Beziehung zum Süden behandelt, kaum in Betracht, und es wird für die „Zukunft“, die „Volkszeitung“ und ihre neue Verbündete „die Sächsishe Zeitung“ (die über die mangelhafte Vertretung der Fortschrittspartei im Bureau, wie über ein specifisch sächsisches Unglück jammerte) eines großen Aufwandes von Sophistik bedürfen, um in dieser Adresse einen feudalen Verrath an der Sache des „deutschen“ Volks und der „deutschen“ Freiheit nachzuweisen.

Uebersichten wir die auf den Süden bezüglichen Ereignisse, welche dem Zusammentritt der norddeutschen Volksvertretung vorhergegangen waren, so werden wir uns davon überzeugen, daß es an Veranlassungen dazu, das Kind beim eigentlichen Namen zu nennen und mindestens den Eintritt Badens in den norddeutschen Staat herbeizuführen, nicht gefehlt hat und das für die Opportunität einer Adresse zahlreiche Gründe sprechen. Die Zolleinigung, das Fiasko des Versuchs, die süddeutschen Fürsten auf die Straße nach Salzburg zu führen, die ungünstige Aufnahme des Fröbelschen Programms, die badische Thronrede und ihre Beantwortung, die bedeutsame Lücke in der Rede König Wilhelms, vor allem das Bismarcksche Circular an die süddeutschen Höfe, laden die Volksvertretung dazu ein, die Regierung in Form einer Adresse über ihre Stellung zum Süden zu interpelliren und zu weiteren Schritten zu veranlassen. Daß diese Adresse dem Bundespräsidium unwillkommen sein werde, scheint nach dem Geschehenen wenig wahrscheinlich und die ablehnende Notiz der Kreuzzeitung sieht — abgesehen davon, daß sie vor der Zustimmung der conservativen Partei zu dem Adreßgedanken erschien — einem zu größerer Kühnheit ermutigenden Sträuben ziemlich ähnlich. Auch wenn das Bundespräsidium einer directen Antwort aus dem Wege zu gehen für nothwendig hält, können wir uns von der Adresse nur Vortheile versprechen. Zu diesen zählen wir in erster Reihe die Nöthigung Frankreichs, mit der Sprache herauszurücken und uns definitiv zu sagen, ob die Ueberschreitung der Mainlinie ein *Casus belli* wäre oder nicht. Dem Kriegesgeschrei der preußenfeindlichen Blätter wird dieses Mal sicherlich von einem bedeutenden Bruchtheil der gemäßigten Liberalen Frankreichs energisch begegnet werden; die letzten Aeußerungen Olliviers, Lemoines, ja selbst Girardins und Reffzers sind von der Sprache, welche noch vor sechs Monaten in denselben Kreisen geführt wurde, so verschieden, daß wir mit einiger Sicherheit darauf rechnen können, die pariser Presse werde Napoleon dem Dritten die Entscheidung über Krieg und Frieden beträchtlich erschweren. Dazu kommt, daß Frankreichs Rüstungen noch nicht beendet sind, während die unsrigen nicht erst zu beginnen brauchen; nach den Reden von Arras, Lille und Amiens dürfte es mit der plötzlichen Wiedereröffnung des napoleonischen Januustempels überdies seine Schwierigkeiten haben, zumal wenn vor der Hand nur der Eintritt Badens in den norddeutschen Bund in Wendung kommt. Läßt Frankreich diesen geschehen

oder auch nur offen discutiren, desto besser, — dann hat es sich für die Zukunft selbst captivirt. Die moralische Wirkung eines Schrittes, der — wenn auch ohne wirklichen Grund — ziemlich allgemein für eine Provocation des Tuilerien-cabinet's angesehen würde, müßte ferner der Kräftigung der nationalen Sache in Deutschland unschätzbare Dienste leisten und die Feinde derselben ins Herz treffen. Aus diesem Grunde, und nicht aus Parteilichkeit für die speciellen Vorschläge unserer politischen Freunde, geben wir der Adresse der National-liberalen unbedingt den Vorzug vor dem conservativen Entwurf. Schon die Aufschrift dieses letztern will uns nicht gefallen; so lange der Particularismus noch so fest sein Haupt erhebt, wie gegenwärtig, kann keine Betonung des föderativen Characters unser's norddeutschen Staats von heilsamer Wirkung sein und weil jedes öffentlich gesprochene Wort über die Nothwendigkeit der Heranziehung des Südens in Paris Anstoß giebt, liegt kein Grund dafür vor, nicht möglichst deutlich und energisch zu reden. Ist das ein Mal geschehen, so ist mindestens das Gerede der Schwarzen und Rothen in München und Stuttgart, welche immer wieder darauf zurückkommen, daß der norddeutsche Kleinmuth gegen Frankreich nicht zu den Ansprüchen eines Großstaats stimme — ein für alle Mal auf den Mund geschlagen und der ungünstige Effect der Entscheidung über Luxemburg aus der Welt geschafft. Seit Menschengedenken hat das norddeutsche Volk zum ersten Male einen preussischen Minister des Auswärtigen an seiner Spitze, der den besten Theil der Tapferkeit nicht in der Vorhüt sieht; wenn der officielle und verantwortliche Repräsentant der preussischen Politik ein kräftiges Wort wie das des national-liberalen Adressentwurfs für nicht unzulässig hält, so liegt für das Volk und dessen Vertretung absolut kein Grund dafür vor, für seinen Theil die Rollen der Bedächtigen und Mangelstlichen zu übernehmen, welche sonst in entscheidenden Zeiten an der Spitze unserer Geschäfte standen.

Von den Vorlagen, an deren Bearbeitung der Reichstag in nächster Zeit gehen wird, verdient der Miquelsche Antrag auf Erlass eines allgemeinen Wahlgesetzes für alle Bundesstaaten, unseres Erachtens, besondere Berücksichtigung, denn er füllt eine thatsächlich vorhandene Lücke aus, deren Unzuträglichkeiten bereits wiederholt fühlbar geworden sind. Es ist schlechterdings nicht abzusehen, warum kleinstaatliche Eigenthümlichkeiten vom Schlage der mecklenburgischen, dem Volk die Freiheit seines Wahlrechts wenn nicht verkürzen, so doch einengen, und das Bewußtsein nehmen sollen, daß allenthalben im Bundesstaat wenigstens in Bundesangelegenheiten nach einer Elle gemessen werde. Wenn es auch nicht unwahrscheinlich ist, daß die Conservativen dieses Mal mit der „constitutionell-föderativen“ d. h. particularistischen Gruppe gegen die Nationalliberalen Front machen werden, so dürfte an der Annahme dieses Antrags doch nicht zu zweifeln sein, denn die Fortschrittspartei kann demselben ihre Unterstützung nicht versagen, um für Mecklenburg, Neuß oder Waldeck Partei zu nehmen. Von

den übrigen Vorlagen weiß die Presse noch zu wenig um über sie reden zu können. Nimmt doch zur Zeit die Zusammensetzung des Reichstages und was mit dieser zusammenhängt, immer noch den Haupttheil des öffentlichen Interesses in Anspruch, besonders so lange die Nachwahlen nicht beendet sind. Für diese ist, seit die Versuche zur Durchbringung gemäßigter Candidaten in Berlin noch ein Mal gescheitert sind, nur der eine Wunsch berechtigt, daß die noch nicht gewählten Veteranen des preussischen Parlamentarismus, vor allem Vincke, Lette und Gneist berücksichtigt werden. Daß Namen von so erprobtem Klang fehlen können, zeugt von der Jugendlichkeit und Unreife unseres gesammten politischen Lebens und ganz besonders des neuen Wahlapparats; daß einem englischen Parlament Männer wie d'Israeli, Gladstone oder Roebuck fehlen sollten, auch wenn dasselbe unter dem Eindruck eines Erfolges ihrer Gegner zusammengetreten wäre, ist undenkbar, weil ihre Nichtberücksichtigung für einen Verstoß gegen die Ehre des Hauses gelten würde. Es giebt auch bei uns parlamentarische Männer, die nicht mit dem, was sie thun oder zuletzt gethan haben, sondern mit dem was sie sind, zahlen und das Gewicht dieser Art von Zahlung zu unterschätzen, haben wir Deutsche am wenigsten Grund.

Mag der Ausgang der Verhandlungen des Parlaments sein, welcher er wolle, die Entscheidung über die Adresse — wir müssen darauf zurückkommen, wird unter allen Umständen zu den wichtigsten, dem Hause vorgelegten Fragen gehören. Der Zeitpunkt für einen entscheidenden Schritt zur Annäherung des Südens dünkt uns in jeder Rücksicht ein glücklich gewählter. Seit in eilfter Stunde in die Regelung der Verhältnisse der annectirten Provinzen durch directe Ausflüsse des königlichen Willens und durch Einberufung von Vertrauensmännern eingegriffen worden ist, hat sich die Stimmung in diesen unerwartet rasch gebessert, sogar in Hannover und Schleswig-Holstein, wo das „Stammesbewußtsein“ unüberwindlich und die einzige Form des Vaterlandsgefühls zu sein behauptete. Die vor einigen Tagen stattgehabte Eröffnung des hannoverschen Provinziallandtags, (dessen große Majorität sich entschiedener gegen das vorlaute und anspruchsvolle Gebahren königlicher „Diener“ aus welfischer Schule ausgesprochen hat, als sich irgend erwarten ließ), hat zugleich dem neuen Oberpräsidenten Grafen Stolberg Gelegenheit zur Abhaltung seines maiden-speech und zur Bekanntschaft mit dem Lande gegeben, das er künftig im Namen und Geist des Königs und seines Ministers verwalten soll. Die Versuche der radicalen und particularistischen Opposition, den neuen Statthalter von Hause aus zu discreditiren und in ächt bureaukratischer Manier aus mangelnden Examinationszeugnissen auf mangelnde politische Fähigkeiten desselben zu schließen, werden wenig ausrichten, wenn es sich bestätigt, daß der Graf nach erhaltener Instruction und eigener Neigung bestrebt ist, im Einverständniß mit Männern wie Miquel und Benningfen, dem neuen Vicelandmarschall, zu wirken. Mit

Spannung und Interesse wird den Provinzialversammlungen der neuen Provinzen allenthalben gefolgt werden und der alte Katechismus der Radicaleten ist, nach welchem ständisch-provinzielle Versammlungen immer nur vom Uebel sind, ist demnach wiederum um einen seiner Glaubensartikel ärmer geworden. Auch an diesem Stück zeigt es sich, daß unsere liberale Parteidogmatik — Dank ihrem Ursprung in den Tagen der Manteuffel und Westphalen — der Revision und Ergänzung sehr viel bedürftiger ist, als man geglaubt hat; die Fähigkeit zu lernen und zu bessern hat sich aber — wenigstens in einer der freisinnigen Fraktionen, so rasch entwickelt, daß diese Schäden alle Aussicht haben, in Bälde gut gemacht zu sein. In der Politik ist die Erfahrung eben die einzige zuverlässige Lehrerin und von der Schule, durch welche der deutsche Liberalismus, dem die Möglichkeit praktischer Thätigkeit fast immer gefehlt hat, gehen mußte, liegen ja erst die untersten Curse hinter uns. Wenn man bedenkt, daß die englischen Whigs nach eigenem Geständniß trotz ihrer langjährigen Herrschaft im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert durch das dreißigjährige Toryregiment der Pitt-Castlereagh-Wellingtonschen Periode um einen großen Theil ihres Geschicks für die praktische Behandlung der Geschäfte gebracht worden waren, so wird man um die Erklärung für den doctrinären Character, den der deutsche Liberalismus in den Herbst 1866 mitbrachte nicht verlegen sein und den Werdezustand des nationalliberalen Programms für einen Vorzug ansehen müssen.

Während alles, was für die nationale Sache Herz und Verständniß hat, seine Blicke nach Berlin richtete und die außerdeutschen Staatsmänner die Spannung theilten, mit welcher in Deutschland dem Zusammentritt des norddeutschen Parlaments entgegengesehen wurde, waren die europäischen Revolutionäre anderweitig beschäftigt; sie wallfahrteten nach Genf und Lausanne, wo der Friedenscongreß und eine socialistische Arbeiterassociation tagten, indessen gleichzeitig in Belgien ein Katholikencongreß versammelt war, um in seiner Weise radicale Politik zu treiben. Selbst die anfangs bloß lächerlichen, zuletzt scandaleusen Auftritte der Genfer Versammlung sind nicht im Stande gewesen, unseren „Entschiedenen“ über die wahre Natur des Radicalismus die Augen zu öffnen, von welchem dieselben die Wiedergeburt Europas und Deutschlands erwarten. Unbekümmert um Thatsachen, welche die ganze gebildete Welt zur entrüsteten Zeugin gehabt haben, verkünden die Propheten der „Zukunft“ und „die Volkszeitung“ noch immer, daß das Heil von denen zu erwarten sei, welche außerhalb des Bodens der gegebenen Verhältnisse stehen und daß der Faustkampf, mit welchem die Friedensliga ihre diesjährige Thätigkeit abschloß, das Werk von Muckern, Jesuiten und aus Aengstlichkeit handelsüchtig gewordener Bourgeois sei. Eine Versammlung, in welcher Ludwig Simon die äußerste Rechte repräsentirt, Fanny Lewald neue zehn Gebote verkündet, und der Kriegsmann Garibaldi zu seiner Freunde Entsetzen Theorie der Politik treibt, soll der wahre Ausdruck

des Willens der europäischen Nationen, die deutsche mit einbegriffen, sein, während die dritthalbhundert Volksvertreter, welche sich in Berlin zur Wiedergeburt Deutschlands die Hände reichen, nichts weiter sind als die Handlanger einer „sein ausgedachten geistreichen Reaction“, deren Ende identisch sein wird mit dem der norddeutschen Bundesverfassung! Und das wird in der „Hauptstadt der Intelligenz“ gedruckt und von einem Journal ausgesprochen, auf dessen Blättern der Name eines Mannes steht, dessen Ansprüche auf die Achtung seines Volks in der That unverjährbare sind, der ohne die Ereignisse des Jahres 1866 noch heute für den Führer einer Partei gelten würde, deren Herrschaftsrecht ein halbes Jahrzehnt lang ebenso zweifellos da stand, wie der Anspruch auf dasselbe. — Die Erkenntniß, daß mit Anschauungen dieser Art, mögen ihre Vertreter Namen haben, welche sie wollen, kein Bund zu flechten ist, wenn nicht auf die Verwirklichung der politischen Wünsche unsers Volks für ein Menschenalter verzichtet werden soll, muß uns schadloß halten für das an und für sich berechtigte Bedauern darüber, daß unserer gegenwärtigen Aufgabe das Opfer langjähriger Beziehungen und Sympathien unwiderruflich gebracht werden muß. Wir haben kein Recht, Particularisten und Großdeutschen aus ihrer politischen Sentimentalität und aus der Unfähigkeit liebgewordenen Illusionen den Rücken zu kehren, einen Vorwurf zu machen, so lange wir nicht selbst durch die That beweisen, daß uns die Sache des Vaterlandes über Freunde und Brüder, über Sympathien und Traditionen geht. Der Dienst der Freiheit ist von je ein schwerer gewesen und hat niemals Arbeiter brauchen können, die zurückschauen, wenn sie die Hand an den Pflug legen.

Wenden wir uns von der Betrachtung dessen, was am heimischen Heerde geschehen, den Nachbarstaaten zu, so sehen wir dieselben — vielleicht Frankreich allein ausgenommen — von inneren Fragen eingenommen, die die Freiheit der Action Preußens sichtlich begünstigen. Oestreich ist durch die Schwierigkeiten des Ausgleichs mit Ungarn zu ernster Beschäftigung mit seinen Finanzen gezwungen worden und sieht es auf nichts weniger, als auf eine gänzliche Umgestaltung seines Staatscredits und auf Unification seiner Staatsschuld ab. In Europa ist der letzte Versuch zur Ordnung zerrütteter Finanzen durch dieses schwierige und gefährliche Auskunftsmittel, unseres Wissens, von der Türkei im Jahre 1865 unternommen worden. Es hieß damals, fortan beginne für die hohe Pforte eine neue Aera geordneter und consolidirter Geldverhältnisse und wenige Monate später wurde zum Erstaunen aller europäischen Börsen bereits eine neue, durch die Ottomanische Bank vermittelte Anleihe versucht, die trotz einer Prämie von $11\frac{3}{4}$ Procent nur theilweise realisirt werden konnte. Ob es in Oestreich ebenso geschehen wird, wissen wir nicht; die wiener Finanzmänner selbst scheinen minder optimistisch zu sein, als es damals die Türken

waren, — von einer neuen Aera ist nicht die Rede und die Verschmelzung der vorhandenen Staatsschulden soll nur „so weit als möglich“ vorgenommen werden d. h. unvollständig bleiben. Der Reichskanzler von Beust, der seine Reise nach Sachsen mit Trostreden an die Industriellen Mährens bezeichnet hat, ist seinen Zuhörern leider jede Andeutung darüber schuldig geblieben, wie er zu der Schuldenverschmelzungsfrage steht und doch könnte es leicht geschehen, daß der Ausgang derselben für seine eigne Zukunft entscheidend wird. Wir fürchten des Herrn v. Beust Stellung zu technisch-finanziellen Fragen ist ebenso unverändert dieselbe geblieben, wie sein Verhältniß zum „deutschen Liede“. Daß sich keines der Systeme, mit denen man es seit 1859 in Wien versucht hat, auf die Dauer behaupten konnte, daran hat der Umstand, daß weder Schmerling noch Belcredi ein eigenes lebensfähiges Programm für die Finanzfragen des Kaiserstaats oder ihrer Aufgabe gewachsene Finanzminister mitbrachten, seinen beträchtlichen Antheil gehabt. Mit einer wirklichen Regelung des österreichischen Finanzwesens würde ein k. k. Staatsmann wenigstens die große Partei derer auf seine Seite bringen, denen eine Besserung der wirthschaftlichen Zustände wichtiger oder ebenso wichtig ist, als die Auffindung einer Staatsform die zugleich Centralisten, Föderalisten und Dualisten befriedigt und die Zahl der Leute, welche zu dieser Partei gehören, ist in Oestreich größer, als sonst irgendwo. So lange das Verhältniß zu Ungarn eine offene Frage war, Schleswig-Holstein und Venetien jeden Augenblick zu casus belli werden konnten, ließen sich die Ungunst der Geldverhältnisse und die Zunahme des Deficits mit den Schwierigkeiten der politischen Lage entschuldigen. Seit die Elbherzogthümer, die adriatische Hafenstadt und das berühmte Festungsviereck nicht mehr in Frage kommen und die Grundlinien für das künftige Reichsgebäude gezogen sind, steht es anders oder könnte es anders stehen; die Geschäftswelt des Kaiserstaats ist aber immer noch darauf angewiesen von Hoffnungen und Versprechungen zu leben und der leitende Staatsmann ist nichts weniger als Financier, sondern ein Mann der großen Politik, der die Fragen, welche technische Kenntnisse verlangen, kleinen Leuten überläßt. So lange man die Besserung der Finanzen in Wien nicht als Selbstzweck, sondern nur als Mittel zur Wiederaufnahme eines hohen Spiels in der großen Politik ansieht, wird das Beustsche System aber die Unterstützung der Leute, welche das Fortbestehen des Staats nur für berechtigt halten, wenn dasselbe zu einer erträglichen Existenz der Staatsbürger führt, entbehren müssen. An den ernsthaften Entschluß der Hofburg, den Staatszweck nicht mehr in der Erreichung traditioneller Ziele der auswärtigen Politik zu suchen, sondern dem Wohl der eignen Völker zu leben, werden auch die Bösenleute erst glauben, wenn man in Wien einen ehrlichen Frieden mit dem norddeutschen Bunde schließt und Preußen die Möglichkeit bietet, fortan wo anders als in Rußland Verbündete zu suchen.

Was man aus Wien über die neuesten Stadien der orientalischen Ange-

legenheiten hört, ist ebenso unzuverlässig wie das, was aus einseitiger Kenntnissnahme der russischen Auslassungen über Candioten und Bulgaren gefolgert werden könnte. Während die N. Fr. Pr. von Verhandlungen in Livadia berichtet, die ein russisches Bündniß mit der Pforte betroffen haben sollen, bläſt der „Russische Invalide“ mit vollen Backen in die Lärmtrompete, um „alle slawischen Brüder“ zu Gunsten der Bulgaren, des apathischsten, unfähigsten und darum Rußland zugänglichsten türkisch-slawischen Stammes, unter die Waffen zu rufen. Nicht drei Wochen ist es her, daß aus zuverlässiger Quelle mitgetheilt wurde, die Lage der Pforte sei als temporär verbessert anzusehen und es werde zunächst ein Stillstand in der orientalischen Frage eintreten: inzwischen ist durch die russischen Blätter, die moralische Unmöglichkeit einer Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes, durch wiener Stimmen eine Krisis in Athen für den Fall der Nichtabtretung Candias proclamirt worden. In Sachen des Orients scheint die salzburger Zusammenkunft ebensowenig zu einer österreichisch-französischen Verständigung geführt zu haben, wie in Sachen des Occidents, denn die Nachricht, daß Frankreich in Stambul nicht selbstständig vorgeht, sondern England die Führung der Verhandlungen überläßt, ist weder durch Worte noch durch Thaten dementirt worden. Rußland und England ausgenommen, scheint kein europäischer Staat des Continents für die türkischen Dinge Ruße zu haben und England hat kein Interesse, an diesem Zustande etwas zu ändern, so lange das petersburger Cabinet nicht aggressiv vorgeht. In Petersburg aber kann man warten und wird man warten, denn einen Rückgang des russischen Einflusses am Bosporus hat man nicht zu fürchten. Die übele Finanzlage des russischen Reichs macht die Aufrechterhaltung eines Friedens, der die Fortdauer der bisherigen Art der Eroberung nicht ausschließt, vielmehr im höchsten Grade wünschenswerth.

Auch in Rußland ist die Finanznoth eine chronische. Der Verkauf der Nikolaibahn hat sich noch immer nicht realisiren lassen und nach den officiellen Erklärungen über den Zweck dieser Maßregel (Ausdehnung des russischen Eisenbahnnetzes) würde auch der Abschluß dieses Geschäfts, für die Staatsfinanzen ziemlich gleichgiltig sein. Obgleich die Zeitungen noch nicht davon reden, ist es Thatsache, daß die Geldnoth bereits zu Gedanken an eine radicale Umgestaltung der Haupteinnahmequelle des russ. Staats, der Branntweinaccise geführt hat. Es ist davon die Rede, die Erhebung dieser Steuer für die einzelnen Gouvernements zu verpachten und den Staat dadurch von den Sorgen und Ausgaben für den betreffenden Theil der Bureaukratie zu befreien. Die ungünstigen Wirkungen, welche Veränderungen des Systems der Steuererhebung überall auf die Production ausüben, und die besonders schädlich sind, wo es sich, wie im vorliegenden Fall, um eine Productionssteuer handelt, lassen dieses Project wenig empfehlenswerth erscheinen. Nachdem die wiederholte Erhöhung des Steuersatzes bereits zum Eingehen von nahe zu einem Drittheil aller Brannt-

weimbrennereien geführt, und alle Voranschläge des Fiscus zu Schanden gemacht hat, läßt sich von einer Veränderung des Steuersystems ebenso wenig Nutzen erwarten, wie von der im vorigen Monate proclamirten Absicht des Finanzministers, den Zolltarif einer Revision zu unterziehen, den protectionistischen Grundsätzen desselben aber Nichts zu vergeben. Auf keinem Gebiet des öffentlichen Lebens ist mit halben Maßregeln so wenig auszurichten, wie auf dem finanziellen und die russischen Oppositionsblätter haben ganz Recht, wenn sie behaupten, bevor eine jährliche Rechenschaftsablegung über die Staatsausgaben eingeführt worden, seien alle Versuche zur Besserung der Reichsfinanzen und des Staatscredits ebenso vergeblich, wie Tarifveränderungen ohne Herabsetzung der Zölle, da diese allein den Effect haben würden, die bisherigen Objecte des Schleichhandels durch neue zu ersetzen. — Aus dem Gebiet der innern russischen Politik sind verschiedene Maßregeln von Wichtigkeit zu registriren, die in den abgelaufenen Monat fallen; die im Februar d. J. wegen der oppositionellen Haltung des petersburger Landtags für das Gouv. Petersburg außer Kraft gesetzte Provinzialverfassung ist wieder resituirt, künftigen Ausschreitungen dieser Körper aber durch die Bestimmung die Spitze abgebrochen worden, daß die Verhandlungen derselben nur noch mit Erlaubniß der Civil-Gouverneure veröffentlicht werden dürfen. Haben die Organe der moskauer Nationalpartei Recht, so steht ferner eine Modification der in den nordwestlichen (früher litthauischen) Provinzen bisher geübten Politik in Aussicht; die vor zwei Jahren begründete Bank zur Ausbreitung des russischen Grundbesitzes in den ehemals polnischen Ländern ist aufgehoben worden, der Zugug russischer Beamten in diese Gouvernements wird nicht mehr begünstigt und die Propaganda für Ausbreitung der griechischen Kirche unter dem katholischen Landvolk ist, zufolge der Abberufung verschiedener übereifriger Convertitoren, ins Stocken gerathen. Für diese Beschränkung ihres missionären Eifers sucht die nationale Demokratie sich an den Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Curland schadlos zu halten, indem sie das Mißtrauen der Regierung gegen diese unaufhörlich wach ruft. Es ist den Feinden des deutschen Elements dieser Provinzen bereits gelungen, das Ministercomité zu einem Beschluß zu veranlassen, durch welchen die tractatenmäßig herrschende deutsche Geschäftssprache aus den eigentlichen Staatsbehörden verbannt und auf die ständischen Gerichte und Verwaltungsstellen beschränkt wird. Man will auf diese Weise eine vollständigere Russificirung Liv-, Est- und Kurlands vorbereiten und die Möglichkeit zur Verpflanzung russischer Beamten auf baltischen Boden gewinnen; auch der deutsche Schulunterricht ist durch eine Verfügung, nach welcher die Geschichte künftig russisch vorgetragen werden soll, in empfindlichster Weise angetastet worden. Diese Maßregeln, zu welchen die höchst loyale Haltung der Bevölkerung absolut keine Veranlassung gegeben hat, werden von der moskauer Presse als natürliche Consequenzen des in Polen und Litthauen an-

gewendeten Systems bezeichnet, obgleich dieses System von der Regierung anerkannter maßen nur zur Bekämpfung der Revolution adoptirt wurde, von der Gefahr einer solchen in den Ostseeprovinzen aber niemals die Rede gewesen ist. Die Absicht, welche die Nationalpartei bei der Inszenirung dieser angeblichen „Reformen“ verfolgt, ist sehr viel deutlicher abzusehen, als die Intention der Regierung, welche auf diese Weise um die feste Stütze gebracht wird, welche sie an der Zufriedenheit ihrer deutsch-protestantischen Unterthanen besaß. Das Gespenst, mit welchem die leitenden Staatsmänner Rußlands von der Presse geängstigt werden, ist die Gefahr der täglich mächtiger werdenden preußischen Nachbarschaft; die „Mosk. Zeit.“ wird nicht müde vor Preußen zu warnen und hat noch neuerdings eine Reihe fulminanter Artikel in die Welt gesandt, welche von dem Bau einer Pinsk-Bjalostocker Eisenbahn, die einen preußischen Einfall erleichtern könnte, abrathen. Aus einem ähnlichen Grunde wird seit Jahren gegen eine directe Schienenverbindung der Dünamündung mit Memel agitirt. — Während man dem russischen Staat vor einer Schädigung seiner westlichen Grenzen bange zu machen sucht, dehnt derselbe sich unaufhaltsam nach Osten weiter aus. Die petersb. Journale verkünden neue Siege gegen die Bewohner Bucharas und das ehemalige Chanat von Taschkend ist vor einigen Wochen in ein Generalgouvernement verwandelt worden, an dessen Spitze der aus der Zeit seiner Oberverwaltung in Wilna bekannte Generaladjutant v. Kaufmann steht. Immer näher rückt der Zeitpunkt, in welchem die russischen und die brittischen Interessen in Asien aufeinander stoßen müssen und es sind nur noch 80 deutsche Meilen, welche die äußersten asiatischen Vorposten dieser beiden Nationen von einander trennen.

In England ist seit Beendigung der Parlamentssession und eingeholter königlicher Bestätigung der d'Israelyschen Reformbill ein Ruhepunkt im öffentlichen Leben eingetreten. Die Ausrüstung der gegen Theodoros von Abyssinien bestimmten Expedition, die voraussichtlichen Folgen des neuen Wahlgesetzes, das Verhältniß Frankreichs zu Deutschland und der noch immer gährende amerikanische Verfassungsconflict sind die Gegenstände, mit welchen die englische Presse ihre Leser unterhält, bis zu einem neuen parlamentarischen Feldzuge gerüstet wird. Für diesen aber stehen Entscheidungen von Bedeutung zu erwarten. Das Ministerium Derby-d'Israely, dessen Fortbestehen von dem allgemeinen Bedürfniß nach Erledigung der Reformangelegenheit getragen worden war, wird nicht umhin können, sich einem Gesetz über Arbeiterassocationen zuzuwenden, wie es durch die Resultate der in Sheffield vorgenommenen Enquête dringend verlangt wird. Die während der vorigen Session durch den Staatssecretär des Innern, Mr. Hardy von dem Hause eingeholte Genehmigung zu Erhebungen über die Trades-unions, verpflichtet die Regierung zu einer eingehenden Umgestaltung der Associations- und Arbeitergesetzgebung und führt ganz

direct zur Beschäftigung mit der socialen Frage. Eine Rückwirkung der bezüglichlichen Debatten auf Deutschland und die deutschen Arbeiterverhältnisse ist nach dem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben unvermeidlich, ganz besonders seit es dem Socialismus gelungen ist, eine, wenn auch vor der Hand noch ziemlich schwache Vertretung des Socialismus im norddeutschen Parlament zu finden. — Es wird von hohem Interesse sein, bei dieser Gelegenheit die Stellung kennen zu lernen, welche die preussische Regierung eigentlich zu der Arbeiterfrage einnimmt. Noch in den letzten Tagen brachte die „Nordd. Allg. Zeit.“ an ihrer Spitze einen — bisher wenig beachteten, aber sicher nicht gleichgiltigen — Artikel, der an frühere Erörterungen anknüpfend, die Unauskömmlichkeit der Grundsätze des liberalen Deconomismus nachzuweisen suchte und mit besonderem Nachdruck hervorhob, die Preisbestimmung der Arbeit durch Angebot und Nachfrage sei nicht nur practisch inhuman, sondern auch theoretisch ungenügend, da sie die übrigen Preisbedingungen, insbesondere die nothwendige Deckung der Herstellungskosten — zu welchen ausdrücklich die Erhaltung der Familie des Arbeiters gezählt wird — außer Acht lasse. Es müßte wunderbar zugehen, wenn diese Sätze nicht demnächst durch den „Socialdemokraten“ aufgegriffen würden, um als neue Argumente für die Nothwendigkeit staatlicher Einwirkung auf die Lohnbestimmung und staatlicher Sorge für die „Deckung der Herstellungskosten“ der Arbeitenden ins Treffen geführt zu werden. Unter allen Umständen verdienen das eigenthümliche Verhältniß, welches die socialistische Arbeiterpartei zu gewissen Factoren der preussischen Bureaucratie steht und die Rolle, welche dieselbe bei den letzten Wahlen gespielt hat, die öffentliche Aufmerksamkeit in größerem Maße, als ihnen bisher zu Theil geworden. Es verlohnte wohl der Mühe, auf Grund der Abstimmungslisten und des sonst vorhandenen Materials den Einfluß, welchen diese Partei in den verschiedenen Wahlbezirken ausgeübt hat, im Einzelnen zu verfolgen und die Compromisse, welche mit ihr geschlossen worden, übersichtlich zusammenzustellen und dann ein Facit über ihre Stärke und ihre Bedeutung für den letzten Wahlkampf zu ziehen. Die Resultate, zu welchen man gelangen würde, sind vielleicht beträchtlicher als diejenigen meinen, welche den Ernst der socialen Frage und ihrer Formulirung durch Lassalle herkömmlich mit einigen Phrasen über Schulze-Dehligsch und dessen Genossenschaften abfertigen. Auch für die Parteitactik und deren Moral ließe sich aus einer solchen Statistik des socialistischen Einflusses auf die Wahlen manches lernen. Die Compromisse mit den Arbeitercandidaten sind bisher von allen Parteien gleich leichtsinnig genommen und nach rein localen Nützlichkeitsrückichten abgeschlossen worden. Die Wichtigkeit der Sache aber fordert, daß man das socialistische Element rechtzeitig in Rechnung ziehe und demselben nach festen Grundsätzen begegne.